Die nächste Expo hat eine unklare Gestalt

Gleich vier Organisationen arbeiten an Plänen für eine Landesausstellung – klare Rahmenbedingungen sind gefordert

ANDRI ROSTETTER

Vor fünf Jahren hat das Stimmvolk der Kantone St. Gallen und Thurgau die Pläne für eine Landesausstellung in der Ostschweiz an der Urne verworfen. Die Euphorie für das Projekt war nie sonderlich gross, dennoch fiel die Ablehnung überraschend deutlich aus. Die Kritiker, die im Vorfeld der Abstimmung argumentiert hatten, die Idee einer Landesausstellung sei überholt, sahen sich bestätigt.

Jahrelanges Mitmachen

Das Nein der Ostschweiz hat der Expo-Idee allerdings erst recht Auftrieb gegeben. Gleich vier Organisationen wälzen seither Pläne für eine Landesausstellung. «Nur weil die Ostschweiz das nicht zustande gebracht hat, ist das Format nicht gestorben», sagt Peter Sauter, Co-Präsident von «X27». Hinter «X27» steht ein Zusammenschluss von Personen aus Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Der Verein hat seine Expo-Vorhaben Ende Juni der Konferenz der Kantonsregierungen präsentiert.

«X27» ist als eine Art mehrjährige Mitmach-Expo gedacht: In regionalen Netzwerken kann sich die Bevölkerung schon heute mit eigenen Ideen einbringen, sogenannten Bogenprojekten, die dann gebündelt sichtbar gemacht werden sollen. Für 2027 soll das «Schweizer Jahr der Gestaltungsgesellschaft» ausgerufen werden, als Höhepunkte sind ein gigantischer «Zukunftsworkshop» und ein Fest geplant. Nach wie vor im Gespräch für die Austragung ist der Flugplatz Dübendorf. Sauter kann sich aber auch andere Orte vorstellen. «Wo es stattfindet, steht nicht im Vordergrund. Wir wollen vor allem eine Formel schaffen und einen Termin setzen.»

Die Idee einer Landesausstellung sei keinesfalls überholt, sagt Sauter. Die Frage sei, mit welchen Inhalten das Format gefüllt werde. «Bis jetzt hat es jede Expo geschafft, dass der Funke auf die breite Bevölkerung überspringt.»

Aargauer nehmen neuen Anlauf

Als die Ostschweizer mit den Vorarbeiten für ihre Expo beschäftigt waren, liebäugelten 2015 auch ein paar Aargauer Unternehmer mit einer Landesausstellung im eigenen Kanton. Sie kamen jedoch zu spät, die Konferenz der Kantonsregierungen hatte dem Ostschweizer Projekt schon ein Jahr zuvor einstimmig die Unterstützung zugesichert.

Nach dem Ostschweizer Fehlschlag nahmen die Nordwestschweizer einen neuen Anlauf. Das Projekt «Svizra27» wird inzwischen von diversen Organisationen mitgetragen, dabei sind die Wirtschafts- und Gewerbeverbände aus fünf Kantonen (Aargau, Basel-Stadt, Baselland, Solothurn und Jura), Economiesuisse, der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Gewerbeverband sowie die Gewerkschaften Syna und Travail Suisse.

Grosserfolg mit 10 Millionen verkauften Eintritten: Besucher an der Expo 02 in Yverdon. SANDRO CAMPARDO / KEYSTONE

In einem mehrstufigen Wettbewerb hat eine mit reichlich Prominenz besetzte Jury – unter anderem mit Alt Bundesrätin Doris Leuthard und dem Stararchitekten Pierre de Meuron – fünf Vorschläge zum Motto «Mensch, Arbeit, Zusammenhalt» ausgewählt. Im November soll das Siegerprojekt feststehen, für 2022 und 2023 ist eine Machbarkeitsstudie geplant, stattfinden soll die Landesausstellung 2027 in den Nordwestschweizer Kantonen.

Digital und dezentral

Aus dem Scheitern der Ostschweizer ist auch das Projekt «Nexpo» geboren. 2016 brachten die Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten der zehn grössten Schweizer Städte die Idee einer gemeinsamen Landesausstellung ins Spiel. Die «Nexpo» soll wie «X27» partizipativ, dezentral und ohne klare zeitliche Eingrenzung stattfinden. Auf einer digitalen Plattform sollen die Einwohnerinnen und Einwohner «Ideen und Projekte des Zusammenlebens in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung, Klimawandel und Migration» entwickeln, die dann 2028 in der ganzen Schweiz gezeigt werden sollen.

Ziel sei eine ausgewogene Vertretung grosser und kleiner Städte, der verschiedenen Landschaften und Sprachregionen, teilt die kaufmännische Leiterin von «Nexpo», Christina Hanke, auf Anfrage mit. Bereits 2019 seien sieben weitere Städte der «Nexpo»-Organisation beigetreten, nach wie vor liefen Gespräche mit interessierten Gemeinden.

Fokus auf die Alpen

Das vierte Expo-Projekt konzentriert sich ausschliesslich auf die Bergregionen. «Muntagna – die Alpen-Expo 2027+» soll ebenfalls über mehrere Jahre und an verschiedenen Orten stattfinden. Auch hier ist das Gebiet nicht abschliessend definiert. So sollten «mindestens die Gotthardkantone Tessin, Wallis, Graubünden und Uri sowie das Berggebiet des Kantons Bern» in das Projekt eingebunden werden, heisst es in der Präsentation des Fördervereins. Bemerkenswert an «Muntagna» ist, dass das Tessin und Graubünden wieder für ein Expo-Vorhaben zusammengefunden haben, nachdem es im Sommer 2010 zum offenen Streit zwischen dem Tessiner Tourismusdirektor Marco Solari und dem Bündner Regierungsrat Stefan Engler gekommen war. Solari beschuldigte Engler, «Gottardo 2020», das Projekt für eine Landesausstellung der Südkantone, zu bremsen.

Engler warf darauf Solari vor, kein griffiges Konzept zu haben. «Schwärmereien für eine Landesausstellung zum Preis von Hunderten von Millionen Franken sind das eine, die günstigen Voraussetzungen für die Realisierung zu schaffen, das andere», liess sich Engler in der «Südostschweiz» zitieren. Der Streit markierte den Anfang vom Ende, im November 2010 war das Projekt Geschichte.

Dass sich die einzelnen Expo-Projekte angesichts dieser offenen Planung ins Gehege kommen, war absehbar. So sind Basel-Stadt und Aarau sowohl bei «Nexpo» als auch bei «Svizra27» engagiert, «Nexpo» wiederum will Gemeinden einbinden, die in der Planungsregion von «Muntagna» liegen. «X27» hingegen versucht, mit seinen Teilprojekten in der ganzen Schweiz Fuss zu fassen.

Noch planen die Expo-Macher ohne Unterstützung des Bundes. 2017 hatte der Bundesrat den Ostschweizern eine finanzielle Beteiligung von maximal 50 Prozent der Kosten und höchstens 1 Milliarde Franken in Aussicht gestellt. Ob diese Vorgabe auch für ein neues Projekt gilt, ist offen. «Uns fehlen die Rahmenbedingungen. Der Bund soll die Regeln festlegen», sagt Marco Canonica, Mitglied der Gesamtprojektleitung von «Svizra27». Gemeinsam mit den Organisatoren von «X27» und «Nexpo» haben die Nordwestschweizer Expo-Macher einen Brief an den Bundesrat geschrieben und um baldige Klärung gebeten.

So wird gerechnet

Unklar ist auch, welche Aufgabe der Bund bei einer künftigen Landesausstellung übernehmen soll. Das Expo-Dossier liegt beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), doch dessen Rolle ist noch nicht definiert, wie der Sprecher Fabian Maienfisch auf Anfrage mitteilt. Bis 2023 dürfte die Frage geklärt sein: Der Bundesrat hat den Auftrag, noch in dieser Legislatur einen Bericht über die Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten für eine künftige Landesausstellung zu verabschieden.

Nach den heftigen Debatten um die Finanzierung im Vorfeld der Expo 02 versuchen die Organisatoren, ihre Kostenrahmen frühzeitig offenzulegen. Der Verein «Svizra27» hat den Projektwettbewerb nach WTO-Normen international ausgeschrieben, für das gesamte Projekt gilt ein Kostendach von 1 Milliarde Franken. «Wir wollen die Finanzen von Anfang an im Griff haben», sagt Canonica.

Die anderen Organisationen haben ihre Kostenrahmen tiefer angesetzt. Die Verantwortlichen von «X27» rechnen mit 850 Millionen Franken, für die «Nexpo» sind 600 Millionen veranschlagt. Die Promotoren von «Muntagna» nennen noch keine Zahlen. Sie werben aber damit, dass ihr Projekt «im Vergleich zur Expo 02 von Anfang an einem adäquaten Controlling der Finanzen und der inhaltlichen Entwicklung» unterliege.

Querelen und finanzielle Probleme in der Planungsphase sind aber nicht zwingend ein schlechtes Omen für eine Landesausstellung. Mit Ausnahme der Expo 64 mussten alle Schweizer Landesausstellungen mindestens einmal verschoben werden. Die Vorgeschichte der Expo 02 im Dreiseenland war eine Abfolge von Streitereien, Terminproblemen und Kostenüberschreitungen. Trotzdem wurde sie zum Grosserfolg mit 10 Millionen verkauften Eintritten.

Die Post ist nicht für die Briefmarkensammler da

Die Zukunftsstiftung Liechtenstein sieht einen hohen Reformbedarf beim Service public

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Die Ausgangslage für den Service public hat sich mit der Marktliberalisierung und der fortschreitenden Digitalisierung grundlegend verändert. Damit steht die Frage im Raum, ob der Staat die gewohnten Dienstleistungen weiterhin anbieten soll – oder ob diese nicht effizienter vom freien Markt erbracht werden könnten. Die Zukunftsstiftung Liechtenstein hat fünf Staatsfirmen unter die Lupe genommen. Die Studie gelangt zum Schluss, es bestehe aus unterschiedlichen Gründen hoher Reformbedarf bei Post und Telekommunikation, Elektrizitäts- und Gasversorgung. LIEmobil hingegen sei für den öffentlichen Verkehr gut aufgestellt.

Wettbewerb wird verzerrt

Der zunehmende Wettbewerb, der sich im Post- und Telekommunikationsbereich augenfällig zeigt, stelle die staatlichen Unternehmen vor neue Herausforderungen, hält die Studie fest. Aber die Politik schrecke davor zurück, «die Service-public-Anforderungen an die digitale und liberalisierte Welt anzupassen». Stattdessen dränge die Politik die staatlichen Unternehmen in wettbewerbliche Märkte, um die wegbrechenden Erträge im Kerngeschäft zu kompensieren. Diese Strategie führt laut «Zukunft.li» jedoch zu Wettbewerbsverzerrungen, zu potenziellen Nachteilen für private Unternehmen und höheren Risiken für die Steuerzahler.

Die Zukunftsstiftung fordert, die Service-public-Kosten seien in den jeweiligen Sektoren transparent auszuweisen, die Grundversorgungspflichten regelmässig zu überprüfen und an die Bedürfnisse anzupassen. Der Service public sei trotz einem dynamischen Umfeld kein Auslaufmodell, so die Studie. Kritisch zu bewerten sei jedoch der Ansatz, von den öffentlichen Unternehmen gewinnorientiertes Wirtschaften zu erwarten, obwohl der Service-public-Bereich nicht mehr selbsttragend sei.

Die Liberalisierung und die Digitalisierung wirkten sich bei Post und Telekommunikation in Liechtenstein stärker aus als in der Elektrizitäts- und Gasversorgung. Noch besteht das Briefmonopol für Sendungen bis 50 Gramm, dennoch verzeichnete die Post im Geschäftsjahr 2020 einen Rückgang um 9 Prozent. Noch stärker rückläufig war der Zahlungsverkehr, während die Pandemie dem Paketbereich ein Wachstum von 25 Prozent bescherte.

Die Philatelie herauslösen

Die Zukunftsstiftung erachtet diese Entwicklung als nicht nachhaltig, weil im liberalisierten Paketmarkt auch andere Anbieter mitmischten. Die Studie empfiehlt deshalb, den Service public bei der Post auf das in einer digitalen Welt Notwendige zu reduzieren und den reduzierten Auftrag mit staatlichen Abgeltungen zu finanzieren.

Auf Dienstleistungen im Zahlungsverkehr sollte ebenso verzichtet werden wie auf postfremde Angebote wie einen Umzugsdienst oder den Verkauf von Papeterie- und anderen Gebrauchsartikeln. Die Philatelie sollte ausserdem aus dem Postbereich herausgelöst werden: Zwar habe die Post die gesetzliche Verpflichtung, Postwertzeichen bereitzustellen, doch lasse sich daraus keine Pflicht zur Herausgabe von Briefmarken als Sammelobjekte für Philatelisten ableiten.

Längerfristig könnte die Post laut der Zukunftsstiftung privatisiert werden, ebenso der Bereich der Telekommunikation. Die Telecom Liechtenstein weise negative Zahlen im Kerngeschäft auf, hervorgerufen durch drastisch gesenkte Terminierungsentgelte für ankommende Telefonate aus dem EWR-Raum, die noch unregulierten Mietkosten für die Glasfaserleitungen und den Preiskampf im Endkundengeschäft.

Aus ökonomischer Sicht gebe es keinen Grund mehr für den Staat, selbst als Dienstleister zur Absicherung der Grundversorgung aktiv zu sein. Das leitungsgebundene Netz hingegen sollte im Besitz des Staates bleiben.

Ganz andere Herausforderungen stellen sich gemäss der Zukunftsstiftung den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) und der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV). Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens und der Energievision 2050 habe die Politik hohe Ziele gesetzt, bei deren Umsetzung die beiden Unternehmen eine zentrale Rolle zu spielen hätten.

Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, sollte die zukünftige Rolle von Gas im Wärmesektor geklärt werden: Weil klimafreundliches Gas teuer sei in der Herstellung, wird von der Beheizung von Wohnhäusern abgeraten. Empfohlen wird, den weiteren Ausbau des Gasnetzes zu stoppen und stattdessen in Wärmenetze zu investieren. Ferner stellt die Zukunftsstiftung die Fusion von LKW und LGV in den Raum, weil die Sektoren Gas, Elektrizität und Wärme aufgrund neuer Technologien näher zusammenkämen.